

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Telegraphen-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Postfachstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

Nr. 103.

Freitag, 5. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantensstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herrm. Schmidt in Riesa.

## Vom Reichstag.

Der Reichstag schwebt immer noch zwischen Leben und Sterben, die erwartete Entscheidung hat auch der gestrige Tag nicht gebracht. Bei dicht besetzten Tribünen wurde gestern in Sachen der Militärvorlage weiter geschachtelt. Abg. Richter führte aus, er wolle sich lediglich auf den Antrag des Abg. v. Huene beschränken, der allein praktisch in Frage komme. Er bespricht die Unterschiede des freisinnigen Antrags gegenüber dem Antrag des Abg. v. Huene. Der Hauptunterschied beider Anträge liege in der Höhe der Präferenzrate. Abg. v. Huene bewilligt  $\frac{1}{2}$  der Regierungsvorlage. So eingehend wie in der Commission seien militärische Angelegenheiten noch nicht besprochen worden. Daraus erklärte sich die lange Dauer der Verhandlungen. Die Art, wie der Reichszähler die Autorität der Generale in den Vordergrund stellte, ist die Negation des Parlamentarismus. (Zustimmung links.) Ist denn Deutschland so schwach, wie das kleine Preußen im Anfang des Jahrhunderts oder wie das einstige deutsche Reich mit seiner Reihensarmee? Die deutsche Armee ist heute dreimal so stark wie 1870. Wenn von dieser Vorlage die Erhaltung des Friedens abhänge, müßten unsere Feinde sofort nach der Annahme der Vorlage über uns herfallen. Noch keinem Parlamente wurde argenommen, in einem Jahre eine solche Vermehrung des Heeres zu bewilligen. Die Militärbehörden haben für den Zweck dieser Vorlage zu gut gearbeitet. In den Geldbewilligungen für die Kulturaufgaben sind wir in beschämender Weise hinter den anderen Staaten zurück. Was nützt dem Patrioten das Gewehr, wenn er nichts zu essen hat? (Zustimmung links), wenn er keine Kleider, keine Schuhe hat? (Lebhafter Widerspruch rechts.) Die Vorlage bezweckt nicht die Vermehrung der Kriegsmarine, sondern die Kriegsbereitschaft. Frankreichs Kriegsbereitschaft ist geringer als die unsere. Durch Annahme des Antrages Huene würden wir Frankreich nicht nur gleich, sondern sogar stärker. In Russland beträgt die Militärlast nur die Hälfte der unseren auf den Kopf der Bevölkerung. Der Antrag Huene verlange 55 Millionen Mehrausgaben, mit den Kasernenbauten jedoch mindestens 106 Millionen. Wenn die Vorlage Gesetz wird, treiben wir geradeaus in die Monopolwirtschaft. Der Patriotismus der Konservativen wäre anerkennungswürdig, wenn die Großgrundbesitzer die Liebesgabe der Brenner (große Unruhe und Lachen rechts) auf den Altar des Vaterlandes legen wollten, in einem Augenblick, wo es sich um die Ehre und das Dasein des Vaterlandes handelt. (Beifall links.) Statt dessen schließen sie einen Bund für die Vertheuerung der Lebensmittel. (Unruhe und Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Die fortgesetzte Beunruhigung in Friedenszeiten durch Steuer-, Polizei- und Militärergesse erschüttert den Unternehmungsgeist. Das Ansehen des Reichstages würde sicher nicht gewinnen durch die Annahme der Vorlage. Meine Freunde meinen nie patriotischer gehandelt zu haben als in dem Augenblicke, wo sie diese Vorlage ablehnen. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Reichszähler Graf von Caprivi: Die Regierung kann dem Abg. v. Huene nur Dank wissen, der so mannhaft in der eigenen Fraktion für die Vorlage eingetreten ist. (Beifall rechts.) Wenn der Abg. Richter abfällig über die Offensive urtheilt, so möchte ich doch daran erinnern, was ein Krieg im eigenen Lande bedeutet. Auch die eigenen Truppen würden sich sehr unliebsam bemerkbar machen. Das Wohl des Staates erfordert dann ein rücksichtsloses Vorgehen. Die Truppen müßten requiriren und Verthe ohne Schonung zerstören. Die Behauptungen des Abg. Richter bezüglich Frankreichs und Englands dürften noch nachzuweisen sein. Der Reichszähler weist ziffermäßig nach, daß Deutschland bezüglich der Militärlasten verhältnismäßig besser daran ist, wie irgend ein anderes Land. Abg. Richter hat mit einer nicht mißzuverstehenden Spitze auf die Veränderungen seit 1888 hingewiesen. 1888 waren noch Fürst Bismarck und Graf Nolcke im Amt. Also müßten diese doch auch wesentlich an dem Umschwung der Verhältnisse beteiligt gewesen sein. Aber der Abg. Richter denkt nicht an die Achtung vor den Traditionen einer Familie, die so pietätvoll, wie die Hohenzollern, die Vergangenheit und ihre Ahnen ehrt und niemals leichtfertig mit Traditionen bricht. Der Reichszähler Graf von Caprivi schließt: Er habe gestern gesagt, bei den Neuwahlen würde die Regierung es sich vorbehalten, die gemachten Konzeptionen zurückzunehmen. Ich kann heute erklären, daß wir das nicht thun werden und um diesen Aus-

spruch in eine einfache Formel zu fassen, sage ich: wenn es zu Neuwahlen kommen wird, so wird unsere Wahlparole der Antrag Huene sein. (Lebhafter Beifall.) Abg. Freiherr v. Stumm bespricht, daß die Rechnungen der Regierung über die Deckungsmittel nicht richtig seien. Die Kosten der Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung seien bei uns geringer als bei den anderen Großmächten. Das Land werde die Mehrlasten gern übernehmen als eine Versicherungsprämie für die Erhaltung des Friedens. Seine Partei werde für den Antrag Huene stimmen, wenn sie es auch bedauere, daß dann die Kavallerie nicht so vermehrt werde, wie durch die Regierungsvorlage. Abg. Bebel erinnerte daran, wie gerade seine Partei stets die Ausführung mit Frankreich erstrebe habe. Als Sozialdemokraten hätten sie aber das größte Interesse an der Integrität Deutschlands. Wenn dieses in einem Kriege unterliege, würde die Erreichung der sozialistischen Ziele auf lange Zeit unmöglich sein. Die breiten Volksmassen seien jedoch nicht mehr gewillt, weitere Lasten auf die Schultern zu nehmen. Wenn die Neuwahlen kein der Regierung genehmes Resultat ergeben, dann werde die Frage der Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts kommen, aber der Revolution von oben könne leicht eine Revolution von unten folgen. In riesigen Maßstäben seien die militärischen Kosten in den letzten 20 Jahren gemachsen. Redner verteidigte sodann das Militärsystem, welches weniger aus militärischen als aus politischen Gründen von seinen Gegnern verworfen werde. Seine Partei sei gegen jedes Privileg; sie wolle, daß jeder Wehrfähige auch wirklich die Waffen trage und das Militärsystem auf weniger als die Hälfte abzulösen. Bebel schloß, der gegenwärtige Militarismus widerspreche vollständig der kulturellen Entwicklung; er sei überzogen, bei Neuwahlen würden die deutschen Volksmassen diese Anschauung ebenfalls zum Ausdruck bringen. Sodann ward die Sitzung auf heute vertagt.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Mit Bezug auf die Heimkehr des Kaisers wird der „L. N.“ geschrieben: Auf die Benachrichtigung, daß das Ende der zweiten Lesung vielleicht schon auf den 4. oder 5. Mai fallen könne, hatte der Kaiser telegraphisch seinen Entschluß kundgegeben, die Reise abzukürzen, um bei der Entscheidung in Berlin anwesend zu sein. Dies geschah noch in der Aussicht, daß kein Ausgleichsantrag zu Stande komme und daher die Auflösung erfolgen müsse. Dann trat am Sonntag und Montag die Wendung ein, der Compromiß wurde vorläufig vereinbart, bis am Dienstag die Genehmigung der vom Reichszähler im Einverständnis mit dem Kriegsminister unternommenen Schritte und die Allerhöchste Billigung des Ausgleichs eintraf. Der Kaiser stimmt also mit dem Reichszähler vollständig überein, sowohl was die etwaige Nothwendigkeit der Auflösung betrifft, als auch in Bezug auf die letzten Versuche, sie vielleicht doch noch durch eine Verständigung mit der Mehrheit des Reichstages vermeiden zu können. — Der Kaiser hat, wie wir erfahren, gestern Nacht nach 1 Uhr, unmittelbar nach seiner Ankunft, dem Reichszähler einen Besuch gemacht und längere Zeit mit ihm conferirt. Gestern Vormittag wurde Graf Caprivi vom Monarchen wiederum zu längerem Vortrage empfangen. Gestern Abend sollte bei dem Reichszähler ein Wahl stattfinden, zu welchem die Minister, Staatssecretäre und einige Parlamentarier geladen sind. Mehrfach wird angenommen, daß auch der Kaiser daran Theil nehmen wird.

Die „Köln. Volksztg.“ nimmt jetzt selbst ihre Angaben über die Äußerungen des Kaisers zu dem Cardinal Dedoowski zurück. In einer Zuschrift aus Rom an das Blatt wird bemerkt: „Wenn gewisse vom Kaiser an den Cardinal gerichtete verbindliche Begrüßungsworte von Anwesenden in der von der „K. Volksztg.“ gemeldeten Form verstanden worden waren, so kann dies einerseits nicht Wunder nehmen, andererseits, falls sie mißverstanden waren, nichts an der Thatsache ändern, daß Kaiser Wilhelm dem Cardinal vor dem kaiserlichen Hofe eine Gemüthsheilung gegeben hat.“ Man sieht, der Stolz der Römlinge ist durch den Besuch des Kaisers beim Papst gewaltig gehoben worden.

Der freisinnige Verein für Leipzig und Umgegend gab in seiner Mittwochssitzung, die außerordentlich hart besucht war, seiner Entrüstung Ausdruck über den Umsali der Abgeordneten Pinze, Alex. Meyer, Ricker usw. in Sachen der Militärvorlage, und faßte nach äußerst lebhafter Debatte

einstimmig folgende Resolution, die dem Abgeordneten Eugen Richter sofort auf telegraphischem Wege übermittelt wurde: „In Anbetracht der schweren Schädigung, die unser Volk durch die Bewilligung der Kosten der Militärvorlage erleidet, und in Anbetracht des Vertrauensbruchs den freisinnigen Wählern gegenüber, welchen die Herren Pinze, Alexander Meyer, Ricker und Genossen sich haben zu Schulden kommen lassen, in Anbetracht ferner der rücksichtslosen Hintanhaltung und Verleugnung der freisinnigen Anschauungen und der schweren Gefährdung der Ehre und des Ansehens der Partei von Seiten der genannten Herren, beschließt in der Sitzung vom heutigen Abend der freisinnige Verein zu Leipzig und Umgegend, empört über solche Handlungsweise, die Reichstagsfraction zu ersuchen, die Herren aus der Partei hinauszustoßen.“ (!)

Die conservative Reichstagsfraction trat am Mittwoch Abend zusammen, um zur Militärvorlage endgiltig Stellung zu nehmen. In der Debatte ergriffen, der „R. Pr. Ztg.“ zufolge, das Wort u. A. Graf Kleist, Adernann, Frhr. v. Hammerstein, v. d. Schulenburg, Frhr. v. Friesen. Die Ausführungen geben im Allgemeinen zwar der Regierungsvorlage den Vorzug, gipfeln aber in den Wünschen, dem Antrag Huene zuzustimmen, falls die Regierungsvorlage zunächst zur Abstimmung gelange. Der Präsident v. Veckow, welcher unterdessen erschienen war, stellte als wahrscheinlich in Aussicht, daß er die Regierungsvorlage zuerst zur Abstimmung bringen werde. Als Fraktionsredner wurde Frhr. v. Manteuffel bestimmt. Außerdem werden Frhr. v. Hammerstein und v. Helldorff sprechen.

Wenn die schwankende Haltung der bürgerlichen und der clericalen Demokratie gegenüber der Militärvorlage am meisten Bedauern bereitet und wer darauf schon jetzt die schönsten Zukunftspläne baut, zeigt in sehr belebender Form der heutige Leitartikel des socialdemokratischen „Vorwärts“, der mit folgenden Worten schließt: „Für uns ist der Weg vorgezeichnet. Wie immer der gegenwärtige Act der Comödie endigen möge, die deutsche Socialdemokratie weiß, was sie zu thun hat und das deutsche Volk wird seine Vertreter scharf überwachen, die Verräther unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Die nächsten Wahlen — gleichviel ob sie jetzt sofort stattfinden oder erst nach anderthalb Jahren — sie werden den Verräthern ein großes Strafgericht sein, und als Anklägerin wird walten und das Urtheil wird vollstrecken die „vernichtete“ Socialdemokratie.“

Dem Reichstage ging ein vom Abg. Adernann und Genossen beantragter Entwurf eines neuen Reichsmünzgesetzes zu, wonach an Stelle der Goldwährung eine Gold- und Silberwährung treten soll. Das Gewicht und der Feingehalt der Gold- und Silbermünzen bleiben unverändert. Das Fünftel, das Zwei- und das Einmarkstück, sowie die Fünfzig-Pfennig-Stücke werden für vollgiltige Reichsmünzen erklärt.

**Oesterreich.** In Prag wurden am Mittwoch Abend gegen die Fenster des deutschen Casinos von unbekanntem Personen Steine geschleudert. Die herbeigerufene Polizei vertrieb die angesammelte Menge und nahm einige Verhaftungen vor. — Die Bezirkshauptmannschaft von G. Blonitz verurtheilte 103 Arbeiter der Firma Hoffmann u. Söhne zu 2—3 Tagen Arrest wegen Contractbruchs (Feiern am 1. Mai). — In Wien haben gegen 200 Arbeiter der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft wegen nicht bewilligter Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt.

## Verliches und Sächsisches.

Riesa, 5. Mai 1893.

— Vorgestern unternahm beide hiesige städtische Kollegien fast vollständig den geplanten Auszug nach Meissen. Die Abfahrt erfolgte bei herrlichem Wetter mit dem zweiten Schiff früh 7 Uhr 10 Minuten. Gegen  $\frac{1}{10}$  Uhr in der rebenumrankten, altberühmten Stadt bei bestem Dunst angekommen und nach der Kantung von dem Obermeister der dortigen Fleischerinnung, Herrn Fleischermeister Wilhelm Kippert, freundlich begrüßt, begab man sich sofort in den der Fleischerinnung angehörenden, vor zwei Jahren neuerbauten Schlachthof, um daselbst unter Führung der Herren Obermeister Kippert und Schlachthofhelfer Ueber die gesammten Anlagen des Schlachthofes, Ställe, Schlachthäuser, Rühlanlagen, das Maschinenhaus, die Anlage für Eiserverzeugung, die Räume für die Fleischschau und die Trichuenerforschung zc. zu besichtigen. Besonderes Interesse